Antrag auf ein Mikrodarlehen

Kommunal- und Gewerbefinanzierung

1. Antragsdaten

1.1 Antragsteller

Bei Personen- und Kapitalgesellschaften ist der Antrag von **allen** Gesellschaftern zu stellen (SAB-Vordruck 60680-1).

Firma (Bezeichnung)
Straße, Hausnummer
PLZ Ort
genaue Bezeichnung der Branche
Gewerbeanmeldung zum (TT.MM.JJJJ) bei Neugründung
Gründungsdatum (TT.MM.JJJJ) bei bestehenden Firmen
Steuernummer (z.B. 201/123/12340)
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (z.B. DE123456789)

Sind Sie innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach dem EStG oder dem KStG steuerpflichtig (beschränkt oder unbeschränkt)?

ja nein

Gründungsart

- Neugründung**
 Erneute Gründung (2. Chance)
 Festigung innerhalb von 5 Jahren nach Gründung

Kundennummer (wird von der SAB befüllt)
Name, Vorname Antragsteller/Gesellschafter
Staatsangehörigkeit (ggf.) 2. Staatsangehörigkeit
Steueridentifikationsnummer (z.B. 12 345 678 9879)
Ansprechpartner für Rückfragen
Telefon Fax
E-Mail
Internet-Adresse

Bei Beantragung "Erneute Gründung (2.Chance)"

- Es wird bestätigt, dass die Verpflichtungen aus vorangegangenen Gründungen diese Maßnahme nicht belasten oder Verbindlichkeiten aus einer früheren Selbständigkeit im Rahmen einer privat-autonomen Schuldenbereinigung oder im Wege des gesetzlichen Restschuldbefreiungsverfahrens erledigt sind.**

Unternehmensrechtsform

- Einzelunternehmen**
 GmbH
 GbR
 sonstige

1.2 KMU-Bewertung

Sind Sie zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Kleinunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. € ?

ja nein

Bitte beachten Sie auch unser Informationsblatt KMU SAB-Vordruck 60300 zur KMU-Definition im Sinne der Empfehlung der EU-Kommission.

Bestehen Besitz- und Beteiligungsverhältnisse von Dritten an Ihrem Unternehmen und/oder ist Ihr Unternehmen an anderen Unternehmen beteiligt?

- ja**
 (Bitte füllen Sie die KMU-Bewertung, SAB-Vordruck 60314 sowie die Anlage Berechnungsbogen zur KMU Bewertung, SAB-Vordruck 60314-1, vollständig aus)
 nein

1.3 Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschl. Antragsteller)

Arbeitsplätze insgesamt

zum Antragszeitpunkt vor Vorhabensbeginn

davon weiblich

für die nächsten 12 Monate zusätzlich geplante

2. Beantragtes Darlehen

2.1 Mikrodarlehen

Darlehensbetrag maximal 20.000 €
Darlehenslaufzeit bis zu 6 Jahre
davon tilgungsfrei: 0, 6 oder 12
Monate

Darlehensbetrag (in €)	Laufzeit (in Jahren)	tilgungsfreie Monate

2.2 Finanzierungsverbindlichkeiten/Kapitaldienst - betrieblich

Angabe aller Darlehen und weiterer Zahlungsverpflichtungen
(Leasing/Mietkauf etc.) bereits bestehend und neu

Art	Finanzierungsbetrag in €	Finanzierungsbeginn (TT.MM.JJJJ)	Laufzeit in Monaten	Raten p.m. in €

3. Angaben zum Investitionsvorhaben

3.1 Vorhabensbeginn

Darlehen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

Erst ab Antragstellung (Datum Posteingang bei der SAB) können Sie mit Ihrem Vorhaben beginnen. Bis zur Entscheidung über Ihren Förderantrag beginnen Sie auf eigenes Risiko.

3.2 Vorhabensort entspricht der Adresse des Antragstellers unter 1.1

andernfalls

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Dauer von bestehenden/neu abzuschließenden Miet- und Pachtverträgen

4. Erklärungen des Antragstellers

4.1 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten

Antragsteller = natürliche Person

Der Antragsteller (natürliche Person) handelt im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere eines Treugebers)

ja **nein** (bitte Vordruck Nr. 65222-1 ausfüllen)

Antragsteller = nicht natürliche Person (z.B. GbR, GmbH, UG, KG)

Bitte reichen Sie den Vordruck-Nr. 65222-1 ein.

4.2 De-minimis-Erklärung

Hiermit bestätige(n) ich/wir, dass meine/unsere Firma im laufenden Steuerjahr (entspricht in der Regel dem Kalenderjahr) sowie in den vergangenen zwei Steuerjahren

keine

entsprechend beigefügtem Vordruck 60381

De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags

über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen sowie deren Vorgängerverordnung (VO (EG) Nr. 1998/ 2006), veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 352 vom 24.12.2013, erhalten habe/haben und keine weitere De-minimis-Beihilfe beantragt habe/haben.

Bitte beachten Sie auch unser Informationsblatt De-minimis-Regel VD 60380.

5. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- 1. mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und erst nach Antragseingang bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – begonnen wird. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Liefer- und Leistungsvertrages zu werten;
- 2. die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung des Vorhabens und Abrechnung der Fördermittel geboten wird;
- 3. Umschuldungen oder Nachfinanzierungen kein Antragsbestandteil sind;
- 4. das SEPA-Lastschriftmandat zur Teilnahme am Lastschriftverfahren erteilt wird (SAB-Vordruck 64022);
- 5. die Finanzierung des geplanten Vorhabens vollständig gesichert ist.

- 6. gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer Kommissionsentscheidung über die Unrechtmäßigkeit einer gewährten Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt vorliegt, der ich/wir nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet habe(n).
- 7. ich/wir keinen weiteren Antrag bei einer Behörde/Institution auf Gewährung eines Zuschusses/Darlehens zur Finanzierung derselben Ausgaben gestellt habe/haben oder stellen werde/werden.

Sollten ausgewählte Punkte (von 1 bis 7) nicht zutreffend sein, bitten wir nachfolgend um Begründung/Erläuterung: (ggf. Anlage beifügen)

Begründung/Erläuterung

6. Investitionsplan

Ist der Antragsteller nach UStG vorsteuerabzugsberechtigt?

- ja nein

Wenn ja, sind nachfolgende Kosten ausschließlich ohne Umsatzsteuer (Netto) anzugeben.

	Betrag (in €)
6.1 Gewerbliche Baukosten in Fremdleistung	<input type="text"/>
6.2 Gewerbliche Baukosten in Selbst- und Nachbarschaftshilfe (gem. Anlage SuN/Spalte Gesamtkosten)	<input type="text"/>
6.3 Investitionen mit einem Anschaffungswert über 800 € ¹	<input type="text"/>
6.4 Sacheinlagen (mit Aktivierung im Anlagevermögen)	<input type="text"/>
6.5 Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 € sowie Betriebsmittel (Material, Waren, Miete, Werbung etc.) ²	<input type="text"/>
Summe Investitionsplan	<input type="text"/>

7. Finanzierungsplan

	Betrag (in €)
7.1 Finanzielle Eigenmittel (Nachweis durch aktuellen Kontoauszug)	<input type="text"/>
7.2 Eigenleistungen (gemäß Anlage SuN/Eigenleistungen)	<input type="text"/>
7.3 aktivierungsfähige Sacheinlagen (gemäß Anlage Sacheinlagen)	<input type="text"/>
7.4 Sonstige (Darlehen, Leasing, Mietkauf etc.) Vorlage entsprechender Nachweise erforderlich. Bezeichnung	<input type="text"/>
7.5 beantragtes Mikrodarlehen	<input type="text"/>
Summe Finanzierungsplan (= Summe Investitionsplan)	<input type="text"/>

Der Eigenanteil (7.1 -7.4) beträgt mind. 20% der Summe des Investitionsplans (Punkt 6).

¹ Bitte reichen Sie die unter 6.3 enthaltenen Positionen einzeln aufgelistet ein.

² Kosten aus bereits bestehenden Verträgen (z.B. Mietverträge, Telefonverträge, Versicherungsverträge, Arbeitsverträge) können nicht anerkannt werden.

8. Anlagen

Folgende Unterlagen sind Bestandteil des Antrages und der Sächsischen AufbauBank – Förderbank – (SAB) zur Antragsprüfung vorzulegen. Wir weisen Sie darauf hin, dass die Antragsbearbeitung erst erfolgen kann, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen:

- Stellungnahme der fachkundigen Stelle** (gemäß SAB-Vordruck 60704)
- Unternehmenskonzept** (gemäß SAB-Vordruck 60690)
- Rentabilitätsvorschau Existenzgründer/junge Unternehmer** (gemäß SAB-Vordruck 60703)
- tabellarischer, zeitlich lückenloser Lebenslauf des/der Existenzgründer/s**
- Nachweis der für die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit notwendigen fachlichen und kaufmännischen Kenntnisse (insbesondere die Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines Qualifizierungsseminars/ Existenzgründungsseminars oder eine Bescheinigung über eine vergleichbare oder höherwertige Ausbildung)**
- Identitätsfeststellung durch zuverlässige Dritte im Original** (gemäß SAB-Vordruck 60311)
- Kopie Personalausweis – beidseitig –**
- SCHUFA-Erklärung** (gemäß SAB-Vordruck 60059)
- Selbstauskunft** (gemäß SAB-Vordruck 60680-2)
- ggf. Aufstellung Sacheinlagen** (gemäß SAB-Vordruck 60688)

- ggf. Anlage Aufstellung der Selbst- u. Nachbarhilfe** (gemäß SAB-Vordruck 60689)
- ggf. Anlage zum Antrag bei mehreren Antragstellern** (gemäß SAB-Vordruck 60680-1)
- bei Anträgen von natürlichen Personen, welche im wirtschaftlichen Interesse /auf Veranlassung fremder Personen handeln** (gemäß SAB-Vordruck 65222-1)
- Nachweis über die in die Finanzierung einfließenden finanziellen Eigenmittel (aktueller zuordenbarer Kontoauszug)**

bei bereits bestehenden Unternehmen:

- Gewerbegenehmigung des Antragstellers**
- Jahresabschluss (letztes Jahr) sowie aktuelle BWA und Summen-/Saldenliste (Vormonat) des Antragstellers und ggf. der Hauptgesellschafter.**
- Gesellschaftsvertrag und aktueller Handelsregisterauszug des Antragstellers und ggf. der Hauptgesellschafter**
- bei Anträgen von Personen- und Kapitalgesellschaften Informationsblatt zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes - Anlage 2** (gemäß SAB-Vordruck 65222-1)
- bei Anträgen von Personen- und Kapitalgesellschaften (GbR, GmbH, UG ...) Kontovollmacht Bank** (gemäß SAB-Vordruck 64662) und **Unterschriftenblatt** (gemäß SAB-Vordruck 64663)

bei juristischen Personen:

- Melderechtliche KMU-Selbsterklärung** (gemäß SAB-Vordruck 63521)

9. Erklärung

1. Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben und Erklärungen wird hiermit versichert. Ferner versichert der Antragsteller, dass kein/e Insolvenzverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen oder Mahn-/Klageverfahren, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers von Bedeutung sind, beantragt, eröffnet oder durchgeführt sowie keine im nationalen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag von Gläubigern erfüllt sind und auch keine Kreditkündigungen ausgesprochen sind. Der Antragsteller versichert außerdem, dass nach Abgabenordnung oder Zivilprozessordnung keine Vermögensauskunft erteilt wurde und keine Eintragung ins Schuldnerverzeichnis erfolgt ist. Dem Antragsteller ist bekannt, dass falsche Angaben die sofortige fristlose Kündigung der auf dieser Grundlage bewilligten Darlehen und die Rückerstattung der ausgezahlten Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können. Es ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben die sofortige Kündigung des Darlehensvertrages zur Folge haben können.

2. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir uns gemäß § 264 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) wegen Subventionsbetruges strafbar mache/n, wenn ich/wir

1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich/uns oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache/n, die für mich/uns oder den anderen vorteilhaft sind
2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende/n.
3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse/n oder
4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche/n.

Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden Angaben und Erklärungen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, Rechtsform, Gründungsdatum, Ziffer 1.1),
- Angaben zum Wirtschaftszweig und der Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziffer 1.1 und Ziffer 8: Unternehmenskonzept),
- Angaben zur Gründungsart und zu bestehenden Verpflichtungen aus vorangegangenen Gründungen (Ziffer 1.1),
- Angaben zur KMU-Eigenschaft des Antragstellers (Ziffer 1.2),
- Angaben zum Zeitpunkt des Vorhabenbeginns (Ziffer 3.1), zum Vorhabensort (Ziffer 3.2) und zum Beginn der Arbeiten des Investitionsvorhabens (5.1),
- Angaben zu gewährten De-minimis-Beihilfen (Ziffer 4.2),
- Erklärung zu beantragten oder eröffneten Insolvenzverfahren sowie abgegebenen Erklärungen gemäß Abgabenordnung oder ZPO (Ziffern 5.2 und 5.3),
- Angaben betreffend die Investitionen und die Übersicht über die Finanzierung des Vorhabens (Ziffern 5.5, 5.7, 6 und 7),
- Erklärung zu Rückforderungsanordnungen aufgrund einer Kommissionsentscheidung (Ziffer 5.8),
- Angaben zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte (Ziffern 5.9 und 7.4), zu Sacheinlagen (Ziffer 8, Aufstellung Sacheinlagen) und Selbst- und Nachbarhilfe (Ziffer 8: Aufstellung der Selbst- und Nachbarhilfe),
- Angaben zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug einschließlich der zutreffenden Angabe der Brutto- oder Nettokosten (Ziffer 6),
- Angaben in den vorzulegenden Darlehens-, Mietkauf- bzw. Leasingvereinbarungen (vorzulegende Nachweise gem. Ziffer 7.4),
- Angaben in den Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhängen zum Jahresabschluss, Lageberichten sowie Geschäftsberichten einschließlich der dazu eingereichten Unterlagen (Ziffer 8) sowie weitere Angaben zu den Finanzierungsverbindlichkeiten (Ziffer 2.2),

- Angaben zur Vorhabensbeschreibung (Ziffer 8: Unternehmenskonzept und Rentabilitätsvorschau Existenzgründer/ junge Unternehmer)
- Tatsachen, die zu Mitteilungspflichten gemäß den Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P bzw. NBest-SF) führen

Mir/uns ist bekannt, dass

- **die während und nach dem Ende des Vorhabens mitgeteilten Angaben und eingereichten Unterlagen insbesondere die Angaben im Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 9 StGB sind.**
- **die Zuwendung nur für den im Darlehensvertrag benannten Zweck verwendet werden darf.**

Mir/Uns ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wurden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Mir/Uns sind die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

3. Der Antragsteller erklärt, dass das Darlehen ausschließlich zur Finanzierung des beantragten Vorhabens verwendet wird.

4. Umsetzung des Geldwäschegesetzes

Zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes benötigt die SAB zur Antragsbearbeitung eine Identitätsfeststellung vom Antragsteller. Mir/Uns ist bekannt, dass diese durch die Mitarbeiter der SAB oder zuverlässige Dritte (mittels SAB-Vordruck 60311 bzw. POSTIDENT-Verfahren) erstellt werden kann. Detaillierte Angaben sind dem Informationsblatt zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes (SAB-Vordruck 65222) zu entnehmen. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die dem Antrag beizufügenden Unterlagen Bestandteil und Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrages sind.

5. Es ist bekannt, dass die Staatskanzlei und die Staatsministerien, soweit dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist, die personenbezogenen Daten verarbeiten dürfen, § 4 Abs. 1 Satz 1 Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG).

Die SAB ist nach dem SächsFöDaG verpflichtet, durch Rechtsverordnung bestimmte Daten an die zuständigen Stellen zu übermitteln.

6. Datenschutz

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gemäß § 8 a Förderbank-Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben befugt ist, personenbezogene Daten von Antragstellern und Kunden der Bank zu verarbeiten.

Der Antragsteller erklärt, dass er das Datenschutz-Informationenblatt DSGVO (SAB-Vordruck 64005) erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen hat.

Ort
Datum (TT.MM.JJJJ)

rechtsverbindliche Unterschrift aller Antragsteller Stempel